

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Minderheitenstatus für polnische Bürger und Bürgerinnen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden polnischen Staatsbürgern und -bürgerinnen Minderheitenrechte gesetzlich zuzusichern; analog zu den Rechten, die die Deutschen in Polen nach dem Vertrag über gute Nachbarschaft erhielten: sicheren Aufenthaltsstatus, uneingeschränkte Arbeitserlaubnis und uneingeschränkten Familiennachzug, Anerkennung der polnischen Diplome und Zeugnisse, Einrichtung polnischer Sendungen und Förderung der polnischen Sprache als Fremdsprache an deutschen Schulen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auch für andere Nationalitäten diese Minderheitenrechte umzusetzen.

Bonn, den 5. November 1992

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ haben die polnischen Vereine in der Bundesrepublik Deutschland „kurz vor dem Besuch der polnischen Ministerpräsidentin Suchocka ihren Wunsch nach Anerkennung eines Minderheitenstatus bekräftigt“ (FAZ, 3. November 1992) und ihre Forderungen dem Bundeskanzler, dem Bundespräsidenten, vier Bundesministern und den Fraktionsvorsitzenden aller Bundestagsparteien übersandt.

Unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit und einem gleichberechtigten Zusammenleben in einem „Europa der Regionen“ sollte die Umsetzung dieser Forderungen der polnischen Vereine eine Selbstverständlichkeit sein.

